

„Das Neue ist, dass alle dagegen sind“

Experten und Politiker übten bei einem Symposium in Düsseldorf massive Kritik am geplanten Reformgesetz

von Jürgen Brenn

Mit den Worten: „Es war nicht einfach, Abgeordnete zu finden, die den Gesetzentwurf mit Begeisterung vertreten“, eröffnete Gerhard Schulte, Vorstandsvorsitzender des BKK Landesverbandes Bayern, kürzlich das wissenschaftliche Symposium „Gesundheitsreform ante Portas: Das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz“ in Düsseldorf. Der Kongress der Gesellschaft für Recht und Politik im Gesundheitswesen e. V. (GRPG) fand einen Tag nach einem nächtlichen Verhandlungsmarathon der Koalitionäre in Berlin statt. Neben Bundestagsabgeordneten von SPD und FDP kritisierten Experten des Gesundheitswesens verschiedene Aspekte des Gesetzentwurfs.

PKV blutet aus

Professor Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer und der Ärztekammer Nordrhein, machte die Folgen für die Ärzteschaft und die Versorgungslandschaft in Deutschland deutlich. Er warnte vor einer „GKVisierung“ der privaten Krankenversicherung (PKV). Die Einführung eines Basisstarifes in der PKV, in den auch Versicherte aus dem Normaltarif wechseln können, berge die Gefahr, dass das System ausblute, so Hoppe.

Dr. Frank Schulze Ehring vom Verband der privaten Krankenversicherung e. V. schätzt, dass die Subventionierung des Basisstarifs durch die Normalversicherten zu einer Beitragssteigerung von bis zu 28 Prozent führen könnte. Zu dem Kostenanstieg führe auch der Kontrahierungszwang und die Beitrags-

limitierung für den Basisstarif. Der Basisstarif ist „defizitär konstruiert“, so Schulze Ehring.

Unzuverlässigkeit der Politik

Was eine destabilisierte PKV für die Versorgungslandschaft bedeuten würde, führte Hoppe den rund 140 Teilnehmern klar vor Augen: Durch einen möglichen Wegfall der PKV bricht auch die Quersubvention in den Praxen und Krankenhäusern weg. „Es fehlt plötzlich viel Geld“, sagte Hoppe. So werde das Leistungsangebot vor allem in ländlichen Gegenden ausgedünnt.

Neben den Arztpraxen sehen sich auch die Krankenhäuser durch das GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz (GKV-WSG) in ihrer Existenz bedroht. „Uns ärgert die Unzuverlässigkeit der Politik“, sagte der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Krankenhausgesellschaft, Georg Baum. Nachdem sich die Krankenhäuser auf die Finanzierung über diagnosebezogene Fallpauschalen (DRGs) eingestellt hatten, greife die Politik mit der Notabgabe nun erneut in die Finanzierung ein. Grundsätzlich kritisierte Baum die ordnungspolitische Ausrichtung des GKV-WSG, die zu einer Zentralisierung des Systems führe.

So sahen es auch andere Podiumsteilnehmer. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Eike Maria Hovermann sagte offen: „Ich werde dem Gesetz nicht zustimmen.“ Seine Kritik entzündet sich vor allem an der vorgesehenen Entschuldung der gesetzlichen Krankenkassen und dem geplanten Fonds, der diejenigen Kassen benachteilige, die bisher solide

gewirtschaftet haben. Sie müssten nun für die Schulden anderer Kassen geradestehen, so Hovermann. „Das hat mit Wettbewerb nichts zu tun“, so der Abgeordnete, der Mitglied des Gesundheitsausschusses ist. Er forderte die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen: „Es wäre mutig von der Politik zu sagen, wir fangen noch einmal neu an.“

Professionalisierung der GKV-Spitze

Davon wollte allerdings der Staatssekretär im Bundesgesundheitsministerium, Dr. Klaus Theo Schröder, nichts wissen. Er verteidigte den Gesetzentwurf und die nachts zuvor gefundene Kompromisslinie. Schröder sieht durch das GKV-WSG die Patientenversorgung verbessert, da zum Beispiel palliativmedizinische Leistungen zu Pflichtleistungen der Krankenkassen werden. Den Vorwurf, das Gesetz führe zur Verstaatlichung der Krankenkassen, wies er von sich. Es gehe nicht um Verstaatlichung, sondern um die „Professionalisierung der Aufgaben“, so Schröder. Mit Formulierungen wie „man muss sehen“ oder „in einigen Jahren“ machte der Staatssekretär indirekt deutlich, dass die Auswirkungen des Gesetzes auch im Bundesgesundheitsministerium nicht klar abgeschätzt werden können.

Ob viele Jahre bis zur nächsten Reform vergehen, ist fraglich. Die Frequenz von Reformgesetzen im Gesundheitswesen ist hoch. Darauf machte der FDP-Bundestagsabgeordnete und Arzt Dr. Konrad Schily aufmerksam. Das Neue an dem vorliegenden Gesetz sei, „dass wirklich alle dagegen sind“.